



# Keine Bildung ohne Medien!

## Medienbildung = IT-Förderung?

### Stellungnahme der Initiative „Keine Bildung ohne Medien!“ und der GMK zum Berliner Koalitionsvertrag

Die Aussagen im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD zum Thema Medienbildung sind ernüchternd. Offensichtlich fanden sich in allen drei Parteien nicht genügend Kräfte, um systematisch und nachhaltig Medienkompetenz zu fördern. Einen Medienbildungspakt, um die notwendigen Maßnahmen für Aus- und Weiterbildung sowie digitale Infrastruktur im Bildungsbereich zu finanzieren, wird es nicht geben.

Der Koalitionsvertrag enthält an verschiedenen Stellen Aussagen zu digitaler Bildung. So ist die Förderung von Projekten wie z.B. „Ein Netz für Kinder“, „Frag Finn“, der Deutsche Computerspielpreis und die Stiftung Digitale Spielekultur geplant. Bestehende Förderprogramme an Kitas und Schulen sollen evaluiert und ausgebaut sowie ein „Modellprojekt Freiwilliges Soziales Jahr Digital“ gestartet werden. In einem Abschnitt über „Digitales Leben und Arbeiten“ werden Vorschläge zum Thema Datenschutz gemacht und auch in den Verbraucherschutz sollen zusätzliche Mittel fließen, um Information, Beratung und Bildung in den Bereichen „Finanzmarkt und Digitale Welt“ zu unterstützen. Der Eindruck entsteht, dass die neue Bundesregierung einiges vorhat.

Auffallend ist, dass sich ausgerechnet die „Nationale Initiative Printmedien“ um die Medienkompetenzvermittlung von Kindern und Jugendlichen kümmern und neue Instrumente für den Jugendmedienschutz entwickeln soll. Das ist unseres Erachtens zu kurz gegriffen. Medienkompetenz muss sich auf die digital durchdrungenen Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen beziehen. Gesetzlicher Jugendmedienschutz und geschützte Surfräume allein sind zu wenig. Kinder brauchen von klein auf medienpädagogische, altersgerechte Begleitung, die sie für einen souveränen Umgang mit Medien unterstützt. Selbst wenn das „Zentrum für Kinderschutz im Internet“ (I-KiZ) zusätzlich an die Eigenverantwortung der Medienanbieter appelliert, so muss die Grundlage jeder Strategie sein, dass jedes Kind bis zum Jugendalter eine grundlegende Medienkompetenz entwickeln kann.

Unerlässlich dafür sind die Aus- und Fortbildung der Erzieher und Erzieherinnen in Kindertagesstätten und der Lehrkräfte an den Schulen sowie die Information, Beratung und Unterstützung von Eltern und Familien. Medienbildung ist eine gesellschaftliche Querschnittsaufgabe in allen Bildungsbereichen

07. Februar 2014

#### Initiative „Keine Bildung ohne Medien!“

##### Ansprechpartner:

Prof. Dr. Horst Niesyto  
Sprecher der Initiative KBoM  
c/o Pädagogische Hochschule Ludwigsburg  
Abteilung Medienpädagogik  
Reuteallee 56  
71634 Ludwigsburg  
Tel: 07141-140239 (Sekretariat)  
E-Mail: [niesyto@ph-ludwigsburg.de](mailto:niesyto@ph-ludwigsburg.de)  
[www.keine-bildung-ohne-medien.de](http://www.keine-bildung-ohne-medien.de)

#### Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur e.V. (GMK)

##### Ansprechpartner:

GMK-Geschäftsstelle  
Obernstr. 24a  
33602 Bielefeld  
Tel: 0521-67788  
E-Mail: [gmk@medienpaed.de](mailto:gmk@medienpaed.de)  
[www.gmk-net.de](http://www.gmk-net.de)

(vgl. „Medienkompetenz für Kinder und Jugendliche – eine Bestandsaufnahme“ erstellt von der GMK im Auftrag des BMFSFJ: [medienkompetenzbericht.de](http://medienkompetenzbericht.de)).

Leider wird auch künftig vor allem auf die zeitlich begrenzte Förderung von Projekten gesetzt. Die Notwendigkeit von Strukturförderung wird zwar benannt, aber Maßnahmen und Programme zu einer breitenwirksamen und nachhaltigen Förderung von Medienkompetenz sind nicht zu erkennen. Weshalb sind die sozial- und christdemokratischen Koalitionäre nicht bereit, bereits vielfach bewährte und erfolgreich evaluierte medienpädagogische Modellprojekte zu verstetigen? Der Medienkompetenzbericht (2013) und der Berliner Kongress „Keine Bildung ohne Medien!“ (2011) haben mehrere Vorschläge zur Verstetigung von Medienprojekten entwickelt. Ein Medienbildungspakt zwischen Bund, Ländern und Kommunen wäre hierfür eine entscheidende Weichenstellung. Die Abschaffung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern, wie von vielen Bildungsexperten und -expertinnen und der SPD im Wahlprogramm explizit gefordert, wurde leider nicht vereinbart.

Dafür kommt die Große Koalition in großen Schritten der digitalen Wirtschaft entgegen. Es ist fast nur noch von IT und Informatik die Rede. Gemäß der Forderung, dass die digitale Wirtschaft starke Fachkräfte braucht, soll bereits in der Grundschule ein „zeitgemäßer Informatikunterricht“ stattfinden. Informatische Grundkenntnisse sind durchaus wichtig, damit Schülerinnen und Schüler die Funktionen, Arbeitsweisen und Anwendungen computerbasierter Medien kennen und reflektiert nutzen. Dies ist aber nur ein Teilbereich der Medienbildung. Dass zur Medienbildung noch mehr gehört als eine „Einführung von Profilschulen IT/Digital“ (die nach dem Vorbild der Eliteschulen des Sports installiert werden sollen), wird nur am Rande genannt. Auch Medienkritik und eine kreative Gestaltung mit Medien bleiben unerwähnt.

Es ist irritierend, wie im Koalitionsvertrag mit Empfehlungen der Enquete-Kommission des Bundestags „Internet und digitale Gesellschaft“ und anderer Fachgremien umgegangen wird. In der Enquete-Kommission, insbesondere in den Projektgruppen zur Medienkompetenz sowie zu Bildung und Forschung, wurden in den vergangenen Jahren wichtige Vorschläge erarbeitet. Diese finden sich z.B. im 6. Zwischenbericht der Projektgruppe Bildung und Forschung im Kapitel über „Grundlegende Medienbildung sicherstellen“, leider jedoch nicht im Koalitionsvertrag. Dazu gehört auch der Vorschlag einer Grundbildung Medien für alle pädagogischen Fachkräfte. Der Koalitionsvertrag enthält hierzu lediglich einen allgemeinen Hinweis auf „Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrerinnen und Lehrer zur Medienkompetenz“, die „dringend notwendig“ seien. Es ist keine Gesamtstrategie im Bereich der digitalen Bildung erkennbar – nur eine Reihe von Einzelmaßnahmen, durch die vor allem IT und Informatik vom Kindergarten bis zur Hochschule installiert werden sollen.

In der medienbezogenen Forschung fokussiert der Koalitionsvertrag auf Initiativen zur „Programmforschung“ und auf Förderung eines „Internet-Instituts“. An keiner Stelle ist die Rede von notwendiger Forschung zur Medienaneignung und Mediensozialisation von Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen, in Familien, bei älteren Menschen. Hier sind Grundlagenforschung, kontinuierliches Monitoring und auch medienpädagogische Praxisforschung dringend nötig – Aufgaben, die zahlreiche Facheinrichtungen immer wieder betonen.

### Fazit

Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung enthält im Bereich Medienkompetenz leider keine Gesamtstrategie für eine systematische und nachhaltige Förderung von Medienkompetenz. Die angekündigten Maßnahmen orientieren sich nicht an einem umfassenden Verständnis von Medienbildung, sondern an Konzepten, die der Bedeutung der digitalen Medien für alle Bereiche unserer Gesellschaft nicht gerecht werden. Angesichts der umfassenden Veränderungen in allen Lebensbereichen müssen umgehend Bildungskonzepte umgesetzt werden, die auf diese Entwicklungen eingehen und bereits in der frühen Kindheit beginnen. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass im Laufe der Legislaturperiode Korrekturen erfolgen und hoffen, dass sich im Bundestag jene Kräfte stärker durchsetzen, die Bildung nicht primär von der Warte technologischer Infrastrukturen und naiver Regelungsmöglichkeiten betrachten. Die GMK und die Initiative „Keine Bildung ohne Medien!“ sind jederzeit bereit, ihre Expertise und ihre Erfahrungen einzubringen.

Mit Unterstützung von: .....

